

Von wegen „Sturm im Wasserglas“

Gemeinderat verabschiedet einstimmig Resolution zum Schutz der kommunalen Wasserversorgung

hob. Er sprach von einem „Sturm im Wasserglas“, es sei nicht die Aufgabe des Gemeinderates, Europa- oder Bundespolitik zu betreiben. Doch CDU-Fraktionsvorsitzender Jan Gradel hätte sich sein flamendes Plädoyer sparen können. Der Gemeinderat verabschiedete in seiner letzten Sitzung trotzdem einstimmig eine Resolution zum Schutz der kommunalen Wasserversorgung. Am Ende fügte sich sogar Gradel, als alle Mitglieder seiner Fraktion für den Antrag stimmten, den die „Bunte Linke“ initiiert hatte.

Hintergrund der Diskussion sind die Bestrebungen der EU-Kommission, dass die Wasserwirtschaft europaweit ausgeschrieben werden sollte. Doch das hält Arnulf Weiler-Lorentz (Bunte Linke) für fatal: „Wasser ist ein Allgemeingut. Das kommt gleich nach der Luft, die wir atmen.“ Die hohe Qualität der Wasserversorgung hierzulande sei nur dadurch mög-

lich, dass sie keiner Gewinnoptimierung unterliege. Gradels Behauptung, dass in Baden-Württemberg kein einziges Wasserwerk von der neuen EU-Richtlinie betroffen sei, hält Weiler-Lorentz schlichtweg für falsch. Stattdessen sollte sich der Gemeinderat der europaweiten Bürgerinitiative von Gewerkschaften und Umweltverbänden anschließen. Mehr als 1,6 Millionen Unterschriften wurden schon in acht Ländern für die Petition „Wasser ist ein Menschenrecht“ gesammelt.

Ungewöhnliche Rückendeckung erhielt Weiler-Lorentz von Annette Trabold (FDP). Im Gegensatz zur Position der Bundes-Liberalen setzte sie sich für die Resolution ein. Trabold: „Die Wasserversorgung ist und bleibt eine staatliche Aufgabe.“ Auch Oberbürgermeister Eckart Würzner, selbst Mitglied im Präsidium des Städtetags, bat die Stadträte, den Antrag zu unterstützen. Die Stadt sol-

le mit aller Entschlossenheit zeigen, dass sie gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung ist.

> **Die Resolution in Auszügen:** „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind Menschenrechte. Der führende Qualitätsstandard des Trinkwassers in Deutschland ist nicht zuletzt auf die von den Kommunen verantwortete Wasserversorgung (...) zurückzuführen. Es ist sicherzustellen, dass diese bewährten Strukturen in Zukunft erhalten werden. Der Gemeinderat (...) appelliert an die EU-Kommission und das Europaparlament, die Wasserversorgung vom Anwendungsbereich der Richtlinie auszunehmen, oder sie so zu gestalten, dass eine ausschreibungsfreie Vergabe möglich ist. Der Gemeinderat ruft die Bürger auf, die EU-Petition ‚Wasser ist ein Menschenrecht‘ zu unterstützen (...) Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Ware!“